

# Auf Recht bestehen

Mein Name ist Helga Röller.

In diesem Pressegespräch vertrete ich das Bündnis 'AufRecht bestehen'.

Im Bündnis arbeiten Erwerbslosengruppen zusammen mit Erwerbslosen- und Sozialberatungsstellen.

Weiteres Engagement: Vorstandsarbeit für das Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ). Von 2011 bis 2022 gewähltes Mitglied im Bundes-Erwerbslosenausschuss der DGB-Gewerkschaft ver.di.

## **Wohnen ist Menschenrecht - es muss endlich für Alle umgesetzt werden!**

Die vom Jobcenter anerkannten und ausgezahlten Unterkunftskosten sind fast überall in Deutschland zu niedrig. Jobcenter zahlen oft nicht die tatsächlichen **Kosten der Unterkunft (KdU)**. Teilweise nicht anerkannte KdU-Kosten sind eine Ursache dafür, dass die leistungsberechtigte Person unter dem sozioökonomischen Existenzminimum leben muss. Diese Konstellation ist gemeint mit dem Begriff „Wohnkostenlücke“.

Diese Haushalte sind gezwungen, einen (erheblichen) Teil vom Regelsatz für Kosten für die Unterkunft aufzuwenden. Geld fehlt für Nahrungsmittel, Kleidung, Ausstattung, Versicherungen, Strom und weitere tägliche Ausgaben. Scheitert ein Umzug am Mangel an bezahlbaren Wohnungen, entsteht eine schier unlösbare Situation. Für wohnungslose Bürger:innen ist eine Wohnungsanmietung mit extrem hohen Hindernissen verbunden.

Die Antwort der Bundesregierung (BT-Drs. 20/12047) auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Reichinnek und Lay ergaben erschreckende Zahlen, die in den Digitalen Presseunterlagen detailliert dargestellt werden.

Der Aussage der Wohnungsbauministerin Clara Geywitz, es sei „Kernaufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass alle Menschen in Deutschland in der Lage sind, ihre Wohnung zu bezahlen“ müssen Taten folgen.

Wie dramatisch die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist und sich das Fehlen von Sozialwohnungen auswirkt, beleuchtet hier beispielhaft der Bayerische Rundfunk am Beispiel der besonders schwierigen Situation in München. Dazu der Link zu Ihrer ergänzenden Information:  
[https://www.youtube.com/watch?v=QuL\\_JrmdGU](https://www.youtube.com/watch?v=QuL_JrmdGU)

In letzter Zeit immer öfter häufen sich im medialen und politischen Diskurs Behauptungen über einen angeblich 'aufgeblähten' und 'ungebremst wachsenden' Sozialstaat. Daraus folgen dann häufig Forderungen nach Kürzungen im Sozialhaushalt. Häufig fuß(t)en alarmistische Diagnosen auf untauglichen Daten, auf Verzicht, sich mit Details zu befassen, z.B. mit dem Ausmaß einer Wohnkostenlücke im SGB II.

Die gegenwärtigen Abwertungsprozesse gegen Menschen in der Bürgergeld-Debatte schmerzen mich sehr und spornen mich an, öffentlich in diesen politischen Debatten zu sprechen.

\* Das Bündnis AufRecht bestehen wird getragen von: Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO); „ARBEITSLOS - NICHT WEHRLOS“ Wolfsburg; BASTA!; Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen (BAG-PLESA); Bundes-Erwerbslosenausschuss Gewerkschaft ver.di, Duisburger Initiative „AufRecht bestehen!“, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB-KV Bonn/Rhein-Sieg, Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ), Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Tacheles e.V. Wuppertal, Widerspruch e.V. Bielefeld und anderen örtliche Initiativen.